

**Jürgen Weber zu TOP 34:**

### **Bericht über die Unterrichtssituation**

Wir können heute, nach der Umsetzung des vor 4 Jahren beschlossenen Konzeptes zur langfristigen Unterrichtssicherung (KLAUS), feststellen:

Wer sich in der gesamten Republik, besonders in den alten Bundesländern, in denen die Schülerzahlen auf absehbare Zeit ansteigen werden, umsieht, der wird feststellen:

Was unser Land getan hat, um die Unterrichtsversorgung auf hohem Niveau zu sichern, kann sich wahrlich sehen lassen.

Wir haben in der abgelaufenen 14. Legislaturperiode jede durch Pensionierung oder aus anderen Gründen frei gewordene Lehrerstelle neu besetzt.

Wir haben gemäß der Verabredung des Koalitionsvertrages von 1996 mit den Haushalten, die während der 14. Legislaturperiode beschlossen wurden, 450 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer eingerichtet.

Wir werden auch in der 15. Legislaturperiode daran festhalten, dass jede frei werdende Stelle neu besetzt wird, und wir werden mit den Haushalten dieser Legislaturperiode insgesamt 1.000 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer schaffen.

Der Bericht der Regierung über die Unterrichtsversorgung im Schuljahr 1999/2000, der uns heute vorliegt, belegt anhand der Zahlen, die die Kultusministerkonferenz veröffentlicht hat, dass sich dieser Schwerpunkt unserer Landespolitik auch und gerade im Ländervergleich wirklich sehen lassen kann:

In ausnahmslos allen Schularten sind unsere Klassen deutlich kleiner als der Bundesdurchschnitt.

Unsere Klassen an den Gymnasien sind bundesweit die kleinsten, an den Berufsschulen in Teilzeitform die zweitkleinsten und an den Förderschulen, Realschulen und Integrierten Gesamtschulen die dritt-kleinsten im Bundesvergleich.

Die Frau Bildungsministerin hat die Aussprache heute früh dazu genutzt, um verbreiteten Legendenbildungen über die Bildungspolitik von CDU-regierten Ländern entgegenzutreten. Es stört mich immer wieder – wir hatten vor wenigen Tagen auch eine derartige Diskussionsveranstaltung bei uns in der Fraktion - , wenn ohne jede Fakten-grundlage behauptet wird, die Unterrichtsversorgung im CSU-regierten Bayern sei besser als in Schleswig-Holstein. Dazu ist zweierlei zu sagen:

1. Die Klassengrößen in Schleswig-Holstein sind in allen Schularten weit unter dem Länderdurchschnitt, in Bayern ausnahmslos über dem Länderdurchschnitt. Konkret: in einer bayrischen Grundschulklasse sitzen 2,6 Schüler mehr als bei uns, in einer Hauptschule sind es 3,4 Schüler, in einer Förderschule 3,2 Schüler, in einer Realschule 4,7, im Gymnasium 3,6, in der Gesamtschule 2,9 und in der Berufsschule in Teilzeit ebenfalls 2,9.

2. Man könnte immer noch sagen, dass man dem Ziel der optimalen Unterrichtsversorgung mit zwei verschiedenen Strategien näher kommen kann: entweder mit kleinen Klassen, dafür etwas weniger Unterricht, oder mit großen Klassen und dafür mehr Unterricht. Wenn man sich aber den anderen Indikator betrachtet, nämlich die pro Schüler erteilte Zahl der Unterrichtsstunden, ergibt sich wiederum das Bild, dass Bayern keineswegs besser dasteht als wir. Ein bayrischer Grundschüler erhält gerade einmal

0,02 Stunden mehr Unterricht als ein schleswig-holsteinischer; das sind pro Woche 72 Sekunden. Schon bei den Hauptschulen, wo wir im Vergleich wahrlich nicht besonders gut dastehen, sind es 0,01 Stunden weniger. Bei den Schulen für Lernbehinderte liegt Bayern immerhin um 0,17 Stunden vor Schleswig-Holstein, das sind gut 10 Minuten, aber schon bei den Schulen für sonstige Behinderungsarten beträgt der Abstand zwischen Schleswig-Holstein und Bayern 1,48 Stunden – zu unseren Gunsten wohlge-merkt. Bei den Realschulen liegen beide Länder genau gleich auf; bei den Gymnasien liegen die Bayern um 0,06 Stunden hinter uns; in der Oberstufe beträgt der Abstand sogar 0,18 Stunden. Ähnliche Relationen stellen sich auch bei der Gesamtschule dar. Diese Zahlen sind auf der Ebene der KMK abgestimmt.

Ich darf daran erinnern, dass es in den letzten Jahren sowohl bei uns wie auch in Bayern Demonstrationen gegen Mängel bei der Unterrichtsversorgung gegeben hat. Wir werden aber alles daran setzen, dass bei uns Demonstrationen für die Forderung nach einer Absenkung der durchschnittlichen Klassengrößen auf 30 nicht notwendig werden.

Ich will nicht verschweigen, dass es natürlich auch eine andere Seite der Medaille gibt. Unsere Werte beim Indikator der erteilten Unterrichtsstunden pro Schüler sind nur mittelmäßig. Aber immerhin.

In den Grundschulen liegen wir dabei knapp unter dem Durchschnitt, in den Hauptschulen, den Schulen für Lernbehinderte und in den Berufsschulen in Vollzeitform bleiben wir hinter dem Bundesdurchschnitt etwas deutlicher zurück.

Wir haben gerade auch in der Diskussion mit dem Bericht des Landesrechnungshofes vom vergangenen Herbst sehr deutlich gesagt, dass kein Bundesland finanziell dazu in der Lage ist, in kleinen Klassen zusätzlich überdurchschnittlich viel Unterrichtsstunden ankommen zu lassen.

Eine Grundsatzentscheidung ist da notwendig, und wir halten es nach wie vor für den richtigen Weg, Unterricht in vergleichsweise kleinen Klassen und Lerngruppen zu erteilen, weil dies nach allen pädagogischen Maßstäben bessere Resultate verspricht.

Mit erheblichen finanziellen Anstrengungen des Landes und mit dem enormen Engagement und der Mehrarbeit von Lehrerinnen und Lehrer konnte die Unterrichtsversorgung auch im Berichtszeitraum auf dem Niveau der Vorjahre gehalten werden.

Zur Unterrichtsversorgung gehört natürlich nicht nur der quantitative Aspekt, sondern auch die Qualität von Schule: das Lernklima, die Arbeitsbedingungen für Lehrer und Schüler, die pädagogische Entscheidungsfreiheit und die Zusammenarbeit der Schule mit den Eltern und mit dem gesellschaftlichen Umfeld.

Mit der Schulgesetznovelle von 1998 haben wir die Rahmenbedingungen geschaffen, die jetzt mit Leben gefüllt werden. Dazu zählen die Schulprogramme, die erarbeitet werden und damit den Schulen ein eigenständiges pädagogisches Profil geben.

Dazu gehört aber auch, dass wir die Vergleichbarkeit der Leistungen von Schulen und Schülern sicherstellen werden, nicht durch zentralistische Vorgaben wie einheitliche Abiturprüfungen, sondern unter anderem durch die Teilnahme an den verschiedenen nationalen und internationalen Leistungsuntersuchungen.

Wir haben den Einstieg des Landes in die Finanzierung der Betreuten Grundschule erreicht und werden für eine Ausweitung der Betreuungsangebote sorgen.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt auch künftig denjenigen Kindern und Jugendlichen, die – aus welchen Gründen auch immer – als „benachteiligt“ bezeichnet werden – Kindern, die es schwerer haben als andere - sei es wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung, sei es wegen eines ungünstigen sozialen Umfeldes, sei es wegen besonderer Probleme beim Lernen und Arbeiten in der Schule. Unser

Ziel bleibt weiterhin, dass jeder Jugendliche einen Schulabschluss erwirbt und die Möglichkeit zu einer beruflichen Ausbildung erhält.

Wir wollen, dass die Schulen noch stärker als bisher schon ihren Schülern bei der schwierigen Frage zur Seite stehen, welche berufliche Laufbahn sie einschlagen wollen, und wir wollen, dass die Schule und die Einrichtungen der Jugendhilfe noch intensiver zusammenarbeiten.

Qualität von Schule schreibt uns weitere Vorhaben auf den Aufgabenzettel:

- wir wollen die Begegnung mit der ersten Fremdsprache in der Grundschule ausweiten,
- wir wollen den bilingualen und den muttersprachlichen Unterricht sowie die Stellung der Minderheiten- und Regionalsprachen in den Schulen stärken.

Schulen in Schleswig-Holstein sind Schulen in Europa. Das wird gerade heute durch die ehrenamtliche Arbeit von „Schüler helfen leben“ beispielgebend mit Inhalt gefüllt. Die inhaltliche Arbeit unserer Schulen sollte aber auch dadurch bereichert werden, dass der Lehreraustausch mit anderen Staaten zur Selbstverständlichkeit wird.

All dies verlangt von den Lehrern mehr als in der Vergangenheit. Dem müssen wir bei der Neufassung der Lehrerbildung Rechnung tragen, die einer der Schwerpunkte dieser Legislaturperiode sein wird.